

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Sylvia Kotting-Uhl, Elisabeth Scharfenberg, Hans-Josef Fell, Bärbel Höhn, Oliver Krischer, Undine Kurth (Quedlinburg), Nicole Maisch, Dr. Hermann E. Ott, Dorothea Steiner und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Fragen zum Stand des Atomkraftwerksprojekts Temelin 3 und 4, des diesbezüglichen Beteiligungsverfahrens und Nachfragen zur Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 17/9832

Gemäß Espoo- und Aarhus-Konvention ist bei Vorhaben mit erheblichen Umweltauswirkungen auf Nachbarstaaten, etwa bei Atomanlagen, vom Ursprungsstaat eine gleichwertige Beteiligung der Öffentlichkeit im Ursprungsstaat und im betroffenen Nachbarland sicherzustellen.

Die beiden tschechischen Atomkraftwerke (AKW) Temelin 1 und 2 sind seit 2000 bzw. 2002 unweit der deutschen Grenze in Betrieb. Aktuell wird der Bau zweier weiterer Reaktorblöcke 4 im tschechischen Temelin (tschechisch: Temelín) geplant. Die Umweltverträglichkeitserklärung (UVE) hierfür wurde bereits abgegeben. Sowohl Deutschland als auch Österreich nehmen an der aktuell laufenden Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP), im Rahmen der grenzüberschreitenden Regelungen teil. Dabei muss präzisiert werden, dass sich für Deutschland die Bundesländer Sachsen und Bayern, nicht aber Thüringen und die anderen Bundesländer beteiligen.

Die Bundesregierung vertritt die Position, dass für die grenzüberschreitende Beteiligung der deutschen Öffentlichkeit auf deutscher Seite die jeweils obersten Landesbehörden zuständig seien und dies „konsequent und sachgerecht“ sei. Aus Sicht der Fragesteller weist diese Haltung in der Praxis aber Defizite und Widersprüche auf, aus denen für deutsche Bürgerinnen und Bürger gravierende Nachteile erwachsen hinsichtlich ihres Rechts, sich angemessen an dem Vorhaben beteiligen zu können.

Diese Kleine Anfrage thematisiert einige der im Rahmen der derzeit laufenden UVP zum Neubau in Temelin bezüglich der Wahrnehmung der Rechte der deutschen Öffentlichkeit zutage getretenen Defizite.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche konkreten atomsicherheitstechnischen Fragen bezüglich Temelin 3 und 4 hat das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) in dieser Wahlperiode mit den tschechischen Behörden wann und bei welcher Gelegenheit (bitte mit Datumsangabe) in welcher Form behandelt (schriftlich/mündlich)?
2. Welche atomsicherheitstechnischen Punkte/Probleme/Fragen hat das BMU insbesondere bei der letzten Sitzung der Deutsch-Tschechischen Kommission in welcher Form (schriftlich/mündlich) und mit welchen Ergebnissen behandelt?

Welche derartigen Punkte/Probleme/Fragen hat das Bundesland Bayern, das auch Mitglied ist, in der Kommission nach Kenntnis des BMU in welcher Form behandelt?

3. Wann und wodurch hat das BMU erstmals erfahren, dass im Jahr 2010 insgesamt rund 3 500 Einwendungen aus Deutschland zum Vorhaben Temelin 3 und 4 eingereicht wurden?
4. Welche Schreiben, E-Mails etc., die Temelin 3 und 4 betrafen bzw. unter anderem Temelin 3 und 4 betrafen, hat das BMU in dieser Wahlperiode wann genau von welchen Landesbehörden erhalten?

Was waren die wesentlichen Anliegen und Punkte dieser Schreiben?

5. Gab bzw. gibt es eine von Tschechien eingesetzte Kommission zur Durchführung der gegenwärtig laufenden UVP zu Temelin 3 und 4?
 - a) Falls nein, warum nicht?
 - b) Falls ja, seit wann, und welche Beobachter haben daran für Deutschland teilgenommen?

Falls es keine deutschen Beobachter gab, warum nicht, und hatte Deutschland darum ersucht?

6. Kann die Bundesregierung bestätigen, dass die deutschsprachigen Unterlagen zur UVP von Temelin 3 und 4, also das UVP-Gutachten und die Anlagen dazu, Anfang Mai 2012 veröffentlicht wurden, und wann genau fand dies statt (bitte mit Angabe des Datums)?
7. Kann die Bundesregierung bestätigen, dass die Frist für deutschsprachige Einwendungen zur UVP am 18. Juni 2012 endet?
8. Kann die Bundesregierung bestätigen, dass der offizielle und nach bisherigem Stand einzige verfahrensverbindliche Erörterungstermin am 22. Juni 2012 im tschechischen Budweis stattfindet?
9. Wird die Bundesregierung selbst an dem Erörterungstermin zu Temelin 3 und 4 am 22. Juni 2012 teilnehmen und gegebenenfalls durch wen vertreten?

Wird sie sachverständige Beobachter zu dem Termin entsenden, und gegebenenfalls wie viele, und welche?

10. Ist aus Sicht der Bundesregierung die viertägige Zeitspanne zwischen 18. und 22. Juni 2012 ausreichend, damit auf tschechischer Seite vor dem Erörterungstermin eine hinreichende Auseinandersetzung mit deutschsprachigen Einwendungen stattfinden kann?
11. Wann endete im Jahr 2009 in Deutschland die Frist für Einwendungen zur Stilllegung des Endlagers Morsleben (bitte mit Angabe des Datums), und wann fand der Erörterungstermin zur Stilllegung des Endlagers Morsleben statt (bitte ebenfalls mit Angabe des Datums)?

Zu früheren Aktivitäten des BMU zu Temelin 1 und 2

12. Kann das BMU bestätigen, dass das BMU gemeinsam mit der Bayerischen Staatsregierung in der 14. Wahlperiode die Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit (GRS) mbH mit einer sicherheitstechnischen Stellungnahme/einem Gutachten zum Atomkraftwerk Temelin 1 und 2 beauftragt hat?

Wie lautete der Titel des Vorhabens, welche Laufzeit und welches Finanzvolumen hatte es?

13. Warum und zu welchen konkreten Aspekten wurde die GRS damals beauftragt?

Zu Aktivitäten Österreichs und Bayerns zu Temelin 3 und 4

14. Sind dem BMU die Fragen, die die Bayerische Staatsregierung Tschechien im Zuge des Beteiligungsverfahrens zu Temelin 3 und 4 gestellt hat, bekannt?
15. Welche dieser fachlichen Fragen Bayerns zu Temelin 3 und 4 sind aus Sicht des BMU fachlich valide?
Falls nicht alle Fragen valide sind, welche konkret sind es nicht?
16. Welche dieser Fragen wurden aus Sicht des BMU im offiziellen UVP-Gutachten qualitativ und quantitativ ausreichend beantwortet?
17. Ist dem BMU die Fachstellungnahme der österreichischen Umweltbundesamt GmbH zum UVP-Gutachten von Antonia Wenisch und anderen vom Mai 2012, die im Auftrag des österreichischen Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt- und Wasserwirtschaft erstellt wurde, bekannt (Report REP-0387, Wien 2012)?
18. Hat das BMU sie ausgewertet?
Falls ja, mit welchen Ergebnissen, falls nein, warum nicht?
19. Welche darin genannten Punkte, Probleme und Forderungen hält sie für
 - a) fachlich valide und
 - b) sinnvoll?
20. Kann die Bundesregierung bestätigen, dass das tschechische Umweltministerium in seinem Standpunkt aus dem Jahr 2009 festgelegt hat, welche Inhalte in der UVE zu behandeln sind?
Kann die Bundesregierung bestätigen, dass in dem Standpunkt zu den einzelnen Themenbereichen sehr detaillierte Anforderungen festgelegt wurden?
21.
 - a) Teilt die Bundesregierung die Auffassung der Fragesteller, dass die UVE in vielfacher Form diesen Anforderungen nicht entsprochen hat?
 - b) Hat der UVP-Gutachter nach Kenntnis der Bundesregierung die Nichteinhaltung der Auflagen des Standpunkts weitgehend ignoriert?
 - c) Hätte dies nach Kenntnis der Bundesregierung rechtserhebliche Auswirkungen, und welche Konsequenzen will sie gegebenenfalls daraus ziehen?
22. Kann die Bundesregierung bestätigen, dass der Reaktortyp für Temelin 3 und 4 erst nach Ende des UVP-Verfahrens ausgewählt wird und in der UVP lediglich hypothetische Umweltauswirkungen der bislang von tschechischer Seite ins Auge gefassten Reaktortypen zur Diskussion gestellt werden?
23. Teilt die Bundesregierung die Auffassung der Fragesteller, dass aufgrund dieser Vorgangsweise viele sicherheitsrelevante Fragestellungen derzeit nicht oder nur unzureichend beantwortet werden können?
24. Teilt die Bundesregierung die Auffassung der Fragesteller, dass deshalb erst in nachfolgenden Bewilligungsverfahren beantwortet und entschieden werden kann, ob die letztlich ausgewählten Reaktoren den in der UVP diskutierten Anforderungen entsprechen werden?
25.
 - a) Wird die Bundesregierung bei Tschechien darum ersuchen, präzise und strenge Auflagen im kommenden UVP-Standpunkt des tschechischen Umweltministeriums vorzusehen, deren Erfüllung in den nachfolgenden Bewilligungsverfahren nachgewiesen werden muss?

- b) Teilt die Bundesregierung die Auffassung der Fragesteller, dass die Empfehlung des UVP-Gutachtens für den Standpunkt 2012 des tschechischen Umweltministeriums insofern in dieser Beziehung unzureichend ist?
26. Kann die Bundesregierung bestätigen, dass gemäß Artikel 7 bzw. Anhang VI der Espoo-Konvention die Möglichkeit besteht, ein gemeinsames Monitoringprogramm festzulegen, in welchem weiterhin offene Fragen erörtert werden können?
27. Teilt die Bundesregierung die Auffassung der Fragesteller, dass es vor dem Hintergrund, dass wesentliche Informationen zum gegenständlichen Vorhaben erst nach der Typenwahl des Reaktors durch den Investor bekannt sein werden, sinnvoll wäre, im Rahmen weiterer bilateraler Konsultationen ein entsprechendes Monitoringprogramm zu vereinbaren, in welchem derzeit noch nicht vorliegende Informationen verfügbar gemacht und offene Fragen geklärt werden können?
- Wird sie sich für ein solches grenzüberschreitendes Monitoringverfahren einsetzen, und falls nein, warum nicht?
28. Wird die Bundesregierung bei Tschechien darum ersuchen, im Standpunkt 2012 des tschechischen Umweltministeriums konkrete Auflagen bezüglich des Nachweises von Sicherheitsmerkmalen vorzusehen, inwiefern der erst noch auszuwählende Reaktortyp die entsprechenden Zielwerte gemäß der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEA), westeuropäischen Aufsichts- und Genehmigungsbehörden (WENRA) und Europäischen Union erfüllt?
29. Kann die Bundesregierung bestätigen, dass das tschechische Umweltministerium in seinem Standpunkt zur UVE von 2009 ein Ranking der einzelnen Reaktortypen basierend auf der Auswirkung der einzelnen Reaktoren auf Umwelt und öffentliche Gesundheit fordert?
30. Kann die Bundesregierung ferner bestätigen, dass dieses Ranking die Grundlage für die Typenentscheidung durch den Investor sein soll?
- Kann die Bundesregierung ferner bestätigen, dass die Auswahlkriterien für die Typenentscheidung noch nicht veröffentlicht sind?
31. Wird die Bundesregierung bei Tschechien darum ersuchen, dass
- a) die Auswahlkriterien noch vor der Typenentscheidung veröffentlicht werden sollten,
 - b) das Ranking der Reaktortypen zusammen mit der begründeten Auswahl des Reaktors veröffentlicht werden sollte,
 - c) der Standpunkt 2012 des tschechischen Umweltministeriums diesbezügliche Auflagen enthalten sollte und
 - d) im Rahmen eines möglichen bilateralen Monitoringprogramms über die Auswahl des Reaktortyps und die zugrunde liegenden Auswahlkriterien diskutiert werden sollte?
32. Teilt die Bundesregierung die Auffassung der Fragesteller, dass die Behandlung des praktischen Ausschlusses schwerer Atomunfälle ein wesentliches Hauptziel dieser UVP sein sollte?
33. Teilt sie weiterhin die Auffassung der Fragesteller, dass die einschlägigen Darstellungen in der UVE unvollständig sind und der UVP-Gutachter dies nicht ausreichend berücksichtigt hat?
34. Wird sie weiterhin bei Tschechien darum ersuchen, dass im Standpunkt 2012 des tschechischen Umweltministeriums daher Auflagen für die nachfolgenden Bewilligungsverfahren enthalten sein sollten, dahingehend, dass

- a) der Nachweis des praktischen Ausschlusses schwerer Atomunfälle primär über „physikalische Unmöglichkeit“ zu führen ist,
 - b) dieser Nachweis sich nicht ausschließlich oder überwiegend auf probabilistische Überlegungen stützen sollte und
 - c) soweit probabilistische Verfahren angewandt werden, die Ungenauigkeiten ihrer Ergebnisse in angemessener Form zu berücksichtigen sind – auch vor dem Hintergrund der Tatsache, dass die begrenzte Aussagekraft probabilistischer Nachweise durch den Unfall in Fukushima-Daiichi deutlich gemacht wurde?
35. Wird sie weiterhin in Tschechien darum ersuchen, dass insbesondere alle Punkte der Fragen 34a bis 34c
- a) in den nachfolgenden Bewilligungsverfahren nachvollziehbar beantwortet werden sollten,
 - b) gegenüber der Öffentlichkeit in transparenter nachvollziehbarer Weise beantwortet werden sollten, und
 - c) im Rahmen eines bilateralen Monitoringprogrammes besondere Beachtung finden sollten?

Nachfragen zur Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 17/9832

36. Wie gedenkt die Bundesregierung eine gleichwertige Beteiligung der deutschen Öffentlichkeit in Bezug auf atomrechtliche Anlagen sicherzustellen, die im Fall eines Atomunfalls erhebliche Auswirkungen auf weite Teile der Bundesrepublik Deutschland haben werden, wenn nicht gewährleistet ist, dass sich alle zuständigen Landesbehörden – wie das Land Thüringen im Fall der UVP zum Neubau in Temelin – an einem grenzüberschreitenden UVP-Verfahren beteiligen?
37. Sieht die Bundesregierung eine gleichwertige Beteiligung der deutschen Öffentlichkeit gewährleistet, obwohl im laufenden UVP-Verfahren Temelin keine einheitlichen Standards für die Information der Öffentlichkeit vorliegen und offensichtlich zumindest bezüglich einer einheitlichen Informationstiefe keine Koordinierung unter den zuständigen Länderbehörden erfolgt?
38. Betrachtet die Bundesregierung die Wahrnehmung der Interessen deutscher Bürgerinnen und Bürger als gewährleistet, wenn zwei Wochen vor der einzigen offiziellen Anhörung zum Neubau der Reaktoren 3 und 4 im tschechischen Atomkraftwerk Temelin, die sich auch an deutsche Staatsbürgerinnen und -bürger richtet, keine Informationen zum konkreten Verfahren der Anhörung von den zuständigen Landesbehörden bekannt gegeben wurden?
39. Wie wird die Bundesregierung angesichts fehlender einheitlicher Standards im Verfahren zur UVP Temelin gewährleisten, dass die deutsche Öffentlichkeit über die vorgetragenen Einwendungen und die Ergebnisse der Anhörung informiert wird?
40. Welche Voraussetzung sieht die Bundesregierung für deutsche Bürgerinnen und Bürger, die Ergebnisse der UVP in Temelin eventuell anzufechten, und wie gewährleistet sie die Information der deutschen Öffentlichkeit über die Voraussetzung einer Anfechtung?

41. Hält es die Bundesregierung angesichts fehlender einheitlicher Standards und Koordination zwischen den Bundesländern für geboten, nach § 9b des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) die zuständigen Behörden bei der Durchführung des grenzüberschreitenden UVP-Verfahrens zu unterstützen, und falls nein, wie begründet sie dies?
42. Hält die Bundesregierung unabhängig von den konkreten nationalen Gesetzen die gleichwertige Beteiligung der deutschen Öffentlichkeit, worauf die Espoo-Konvention abzielt, beim Vorhaben Temelin 3 und 4 für gewährleistet, obwohl in Deutschland keine offizielle Anhörung geplant ist?
43. Sieht die Bundesregierung die Notwendigkeit, die Mängel bei der Durchführung grenzüberschreitender UVP, die sich in der Diskrepanz zwischen dem bilateralen Vertrag vom 11. April 2006 zur Durchführung grenzüberschreitender UVP mit der Republik Polen und dem laufenden UVP-Verfahren in Bezug auf Temelin zeigen, auszugleichen, und strebt sie an, diese durch eine Gesetzesinitiative im Interesse der deutschen Öffentlichkeit und des von ihr getragenen Atomausstiegs zu beheben?
44. Wie viele Euro aus welchem Etat und für welche konkreten Maßnahmen hat die Bundesregierung wann genau in dieser Wahlperiode für die Information der deutschen Öffentlichkeit bezüglich des Vorhabens Temelin 3 und 4 ausgegeben?
45. Kann die Bundesregierung bestätigen, dass Umweltvereinigungen keine Möglichkeit haben, beim Europäischen Gerichtshof zu klagen, falls sie der Auffassung sind, dass ihnen ein Mitgliedstaat der Europäischen Union die ihnen nach den Richtlinien 2011/92/EU und 2010/75/EU zustehende Eröffnung von Rechtsbehelfen gegen Entscheidungen über die Zulässigkeit von Vorhaben nicht oder nicht ausreichend eröffnet hat (vgl. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Bundestagsdrucksache 17/9832, Frage 15)?
46. Will sich die Bundesregierung dafür einzusetzen, dass ein solches, jetzt noch nicht vorhandenes Klagerecht anerkannter Umweltverbände auf europäischer Ebene eingeführt wird?

Berlin, den 14. Juni 2012

Renate Künast, Jürgen Trittin und Fraktion

